

UN-Bericht

# UN kritisieren türkisches Vorgehen gegen PKK

Folter, Gewalt, Mord, systematische Zerstörung von Siedlungen: Die UN werfen der Türkei massive Menschenrechtsverletzungen bei der Verfolgung von Kurden vor.

10. März 2017, 12:41 Uhr / Quelle: ZEIT ONLINE, Reuters, dpa, AFP, fin / 63 Kommentare



*Ein Kurde steht mit einem Kind auf dem Balkon eines zerstörten Hauses in Silopi. © Ilyas Akengin/AFP/Getty Images*

Die Türkei hat im Konflikt mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK [<http://www.zeit.de/zeit-magazin/2015/43/kurdistan-nordirak-kurden-staat>] nach UN-Angaben massiv gegen Menschenrechte verstoßen. Zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 seien rund 2.000 Menschen getötet worden, auch sei es zur systematischen Zerstörung [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/amnesty-international-tuerkei-armee-bedroht-kurden>] von Siedlungen gekommen, schreibt das UN-Menschenrechtsbüro in einem Bericht.

Demnach wurden insgesamt rund 355.000 Menschen vertrieben. Bei Militäraktionen seien zudem 1.800 Gebäude zerstört worden. Es habe Folter und Gewalt gegen Frauen gegeben, Menschen seien verschwunden. "Es scheint, dass die Beachtung der Menschenrechte zumindest seit Juli 2015 im Südosten der Türkei nicht funktioniert hat", schreibt das UN-Menschenrechtsbüro.

Den Informationen zufolge handelt es sich bei mehr als 800 der Getöteten um Kämpfer. Von den übrigen 1.200 Toten seien einige an militanten und nicht-militanten Aktionen gegen den Staat beteiligt gewesen. Seit der Aufkündigung des Waffenstillstandes zwischen der PKK und der Regierung im Juni 2015 ist der

Konflikt wieder voll entbrannt.

## **Wochenlang eingesperrt**

Als Beispiel für Menschenrechtsverletzungen wird in dem UN-Bericht ein Vorfall von Anfang 2016 in der Stadt Cizre [<http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/cizre-tuerkei-rueckkehr-bewohner-kurden-zerstoerung-fs>] genannt. Dort seien bis zu 189 Menschen wochenlang in Kellern ohne Wasser, Lebensmittel und medizinische Betreuung eingeschlossen gewesen. Die Menschen seien schließlich bei einem durch Beschuss ausgelösten Feuer getötet worden.

UN-Menschenrechtskommissar Said Raad al-Hussein kritisierte, dass bisher keine offizielle Untersuchung der Vorfälle stattfinde. Hintergrund ist, dass die Türkei den UN-Ermittlern den Zugang zu den betroffenen Gebieten verwehrt.